



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)

**38. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung und Polizeibeirat
(Wahlperiode 2013 - 2018)**

Sitzungstermin:	Dienstag, 19.09.2017
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	20:25 Uhr
Sitzungsort:	Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Hans-Jürgen Schubert - grün+alternativ+links (GAL)	
---	--

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Herr Oliver Dedow - BfL	bis 19 Uhr
Herr Dr. Marek Lengen - SPD	
Herr Jochen Mauritz - CDU	
Frau Heidemarie Menorca - CDU	
Frau Silke Mählenhoff - Bü90/DIEGRÜNEN	
Frau Ulrike Siebdrat - SPD	
Frau Ursula Wind-Olßon - CDU	
Herr Frank Zahn - SPD	

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Herr Rüdiger Hinrichs - FREIE WÄHLER&DIE LINKE	
Herr Rolf Müller - FDP	
Herr Christoph Otte - SPD	
Herr Paul-Gerhard Röttger - CDU	
Frau Ingrid Stockfisch - CDU	Vertretung für: Herrn Joachim Hess
Herr Olaf Wegner - BfL	

Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion

Herr Rolf Klinkel - grün+alternativ+links (GAL)	
Frau Antje Jansen - grün+alternativ+links (GAL)	

Verwaltung	
Herr Senator Ludger Hinsen	FBL FB 3
Frau Angela Neitzke	FBC FB 3
Herr Reinhard Rocksien	3.322 Melde- und Gewerbeangelegenheiten
Frau Melanie Wöhlk	3.322 Melde- und Gewerbeangelegenheiten
Herr Bernd Neumann	3.370 Feuerwehr
Herr Thomas Köstler	3.370 Feuerwehr
Herr Klaus Breitrück	3.390 Umwelt-, Natur- u. Verbraucherschutz
Frau Jana Kolbe	3.390 Umwelt-, Natur- u. Verbraucherschutz
Frau Friederike Cosack	Stadtplanung und Bauordnung
Frau Kaisu Wittholz	PR FB 3
Herr Christian Muhs	Personalrat Feuerwehr
Herr Martin Rüter	Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
Herr Andreas Nerong	Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
Herr Norbert Trabs	Polizeidirektion Lübeck
Herr Bernd Olbrich	Polizeidirektion Lübeck
Herr Stefan Muhtz	Polizeidirektion Lübeck

Protokollführung	
Herr Maik Schneider-Wendt	FBD FB 3

Sonstige Personen	
Herr Oliver Prieur	
Herr Fries-Pieter Friese	Seniorenbeirat
Herr Klaus-Dieter Zander	Seniorenbeirat

Entschuldigte Mitglieder	
---------------------------------	--

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Herr Joachim Hess - CDU	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Feststellung der Tagesordnung
3.	Polizeibeirat
3.1.	Mitteilungen der Polizeidirektion
3.1.1.	Sachstand in den Lagefeldern „Offene Drogenszene“ und „Gewalttätige Gruppenauseinandersetzungen in der Öffentlichkeit“
3.2.	Beantwortung von Anfragen an den Polizeibeirat
3.2.1.	Anfrage AM Mauritz: G20 Vorlage: VO/2017/05162
3.2.2.	Anfrage AM Schubert: Überwachung übermäßiger Lärmemissionen motorisierter Zweiräder (Motorräder, Motorroller, Mopeds)
3.3.	Neue Anfragen an den Polizeibeirat
3.3.1.	Anfrage Herr Zahn - Behandlung von Fundtieren
4.	Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 18.07.2017
5.	Mitteilungen
5.1.	Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden
5.2.	Mitteilungen der Fachbereichsleitung
5.2.1.	Mineralstoff-Aufbereitungszentrum (MAZ)
5.2.2.	Aktuelle Situation Meldewesen
5.2.3.	Herbizideinsatz am Wallhafen
5.2.4.	Berichterstattung Presse Sturmtief Sebastian
5.3.	Beantwortung von Anfragen
5.3.1.	Auflagenbescheid für ein Blockadetraining am Holstentor zur Vorbereitung der Kundgebung gegen das G20-Treffen
5.4.	Überweisungen aus der Bürgerschaft
5.4.1.	Betrieb der Materialaufbereitungsanlage in Kücknitz – Einberufung eines Runden Tisches - Überweisung aus der Bürgerschaft vom 29. Juni 2017 Antrag der Fraktion "Bündnis90/Die Grünen" VO 5030 Vorlage: VO/2017/05142
5.4.2.	Betrieb der Materialaufbereitungsanlage in Kücknitz - Einberufung eines Runden Tisches, Mediationsverfahren zur Bauschutt-Aufbereitungsanlage an der Trave-münder Allee - Überweisung aus der Bürgerschaft vom 29. Juni 2017 Antrag der GAL-Fraktion VO 5108 Vorlage: VO/2017/05144

5.4.3.	Umweltauswirkungen des Mineralstoff-Aufbereitungszentrum (MAZ) der Firma Scheel-Erdbau GmbH an der Travemünder Landstraße - Überweisung aus der Bürgerschaft vom 29. Juni 2017 interfraktionellen Antrag der Fraktionen GAL und SPD VO 5119 Vorlage: VO/2017/05145
5.4.4.	Umweltauswirkungen des Mineralstoff-Aufbereitungszentrums (MAZ) - Überweisung aus der Bürgerschaft vom 29. Juni 2017 Antrag der CDU-Fraktion VO 5121 Vorlage: VO/2017/05146
6.	Anträge
6.1.	AM Wind-Olßon: Effiziente Maßnahmen gegen das Jakobskreuzkraut anwenden – Honigqualität sicherstellen Vorlage: VO/2017/05161
6.1.1.	AM Ursula Wind-Olßon: Effiziente Maßnahmen gegen das Jakobskreuzkraut anwenden - Honigqualität sicherstellen (Austauschantrag zu VO/2017/05161) Vorlage: VO/2017/05208
6.2.	AM Schubert: Überwachung übermäßiger Lärmemissionen motorisierter Zweiräder (Motorräder, Motorroller, Mopeds) Vorlage: VO/2017/05236
7.	Vorlagen
7.1.	Dezentraler Bürgerservice - Bürgerschaftsauftrag vom 29.6.2017 zu VO/2017/05122 Vorlage: VO/2017/05262
7.2.	Personalbemessung für die Einsatzleitstelle der Feuerwehr Vorlage: VO/2017/04520
7.3.	Annahme einer Spende der Possehl-Stiftung zur Unterstützung des Walderlebnistages 2017 in Höhe von 2.000 EUR Vorlage: VO/2017/05221
7.4.	Bebauungsplan 05.42.00 – Triftstraße/Georg-Kerschensteiner-Straße – Satzungsbeschluss (5.610) Vorlage: VO/2017/05203
8.	Berichte und Antworten
9.	Zustimmung zu Wahlen / Wiederwahlen
9.1.	Zustimmung zur Wahl / Wiederwahl von Ortswehrlührern und stellvertretenden Ortswehrlührern der Freiwilligen Feuerwehren in der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2017/05211
10.	Neue Anfragen und Verschiedenes
10.1.	Anfrage AM Wind-Olßon - Einführung Section-Control anstatt Radarkontrollen an der B 75 (Rangenberg)
10.2.	Anfrage Frau Mählenhoff - Naturerlebnisräume / Städtökologischer Pfad
10.3.	Verschiedenes Herr Schubert - Danksagung an Herrn Rocksien
10.4.	Verschiedenes Frau Menorca - Deutsche Fußballmeisterschaft 2017 der Berufsfeuerwehren

Nichtöffentlicher Teil:

11.	Feststellung der Niederschrift (nichtöffentlicher Teil) vom 18.07.2017
12.	Mitteilungen
13.	Vorlagen
14.	Berichte und Antworten
15.	Neue Anfragen und Verschiedenes

Öffentlicher Teil:

16.	Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Schubert eröffnet die 38. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung und Polizeibeirat in der Wahlperiode 2013 - 2018, begrüßt die Ausschussmitglieder und die Vertreter der Bereiche.

Herr Schubert verpflichtet gem. § 46 Abs. 6 GO per Handschlag das bürgerliche Ausschussmitglied auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten und führt sie in ihr Amt ein.

Verpflichtet wird:

Frau Ingrid Stockfisch.

Herr Schubert stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schubert beantragt das Vorziehen und die gemeinsame Beratung des TOP 6.2 mit dem Polizeibeirat.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Herr Schubert beantragt das Vorziehen (Beratung nach Polizeibeirat) der TOP 7.2 und 7.4 sowie das Vorziehen und die gemeinsame Beratung der TOP 5.2.1 mit 5.4.1 bis 5.4.4 mit Rücksicht auf die dazu eingeladenen Gäste. Des Weiteren schlägt er die Bildung einer Arbeitsgruppe zu diesem Thema vor, um die Menge der Details, unterschiedlichen Antworten von städtischen und Landesstellen, durch die sich wieder neue Fragen ergäben, sowie der Überschneidungen der Sachgebiete Umwelt und Naturschutz, Bauplanung, Liegenschaften und Gesundheit aufzuarbeiten und eine Handlungsempfehlung für den Ausschuss zu erarbeiten.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Herr Schubert beantragt die gemeinsame Beratung der TOP 5.2.2 mit 7.1.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Da keine nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte vorliegen, beantragt er weiterhin, nur einen nichtöffentlichen Teil der Sitzung herzustellen, wenn sich während der Sitzung nichtöffentlicher Beratungsbedarf ergibt.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Der Ausschuss stellt die Tagesordnung bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

zu 3 Polizeibeirat

zu 3.1 Mitteilungen der Polizeidirektion

zu 3.1.1 Sachstand in den Lagefeldern „Offene Drogenszene“ und „Gewalttätige Gruppenauseinandersetzungen in der Öffentlichkeit“

Die Herren Trabs und Olbrich berichten zu den Lagefeldern „Offene Drogenszene“ und „Gewalttätige Gruppenauseinandersetzungen in der Öffentlichkeit“. Dazu wird eine Medien-Information umverteilt, aus welcher zitiert wird.¹

Fragen der Ausschussmitglieder (AM) Zahn, Stockfisch, Schubert und Menorca beantworten die Herren Trabs und Olbrich.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.2 Beantwortung von Anfragen an den Polizeibeirat

zu 3.2.1 Anfrage AM Mauritz: G20 Vorlage: VO/2017/05162

Anfrage:

Liegen der Polizei Erkenntnisse vor, dass von der „Walli“ in Lübeck aus Demonstrationen und Aktionen als Protest gegen den G20 Gipfel in Hamburg geplant, organisiert und angemeldet wurden?

Ging von diesen angemeldeten bzw. unterstützten Aktionen/Demonstrationen Gewalt gegen Polizisten aus?

Wurden im Zuge dieser angemeldeten bzw. unterstützten Aktionen/Demonstrationen Sachbeschädigungen und ähnliches durchgeführt?

Herr Trabs teilt mit, dass zwei Demonstrationen angemeldet und mit Auflagen versehen worden seien. Beide verliefen absolut friedlich und ohne Sachbeschädigungen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.2.2 Anfrage AM Schubert: Überwachung übermäßiger Lärmemissionen motorisierter Zweiräder (Motorräder, Motorroller, Mopeds)

Der Antrag unter TOP 6.2 wird vom Antragsteller als Frage umformuliert.

Anfrage:

Werden seitens der Polizei Überwachungen übermäßiger Lärmemissionen zweirädriger Motorfahrzeuge (Motorräder, Motorroller, Mopeds) im Straßenverkehr durchgeführt?

Herr Trabs teilt mit, dass seit 2015 beim Polizei-Autobahn-Bezirksrevier Scharbeutz ein Lärmpegelmessgerät vorhanden sei und man regelmäßig Lärmmessungen durchführe.

¹ **Anlage 1** Die Anlagen sind im Ratsinformationssystem abrufbar.

Mit diesem einen Gerät werde aber der ganze Raum Lübeck und Ostholstein, inklusive der Autobahn abgedeckt. Man könne der Polizei gern Stellen melden, an denen Messungen durchgeführt werden sollten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.3 Neue Anfragen an den Polizeibeirat

zu 3.3.1 Anfrage Herr Zahn - Behandlung von Fundtieren

Herr Zahn bezieht sich auf die Sitzung vom 20.06.2017 TOP 3.1.1 und fragt nach, ob es für Lübeck schon eine Lösung im Hinblick auf die Behandlung von Fundtieren gebe.

Herr Hinsen sagt zu, den Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen über den aktuellen Sachstand zu informieren.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4 Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 18.07.2017

Der Ausschuss stellt die Niederschrift bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltung einstimmig fest.

zu 5 Mitteilungen

zu 5.1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

Es liegt nichts vor.

zu 5.2 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

zu 5.2.1 Mineralstoff-Aufbereitungszentrum (MAZ) (vorgezogen)

Gemeinsame Beratung mit den TOP 5.4.1 bis 5.4.4

Im Vorfeld der Ausschusssitzung ist den Mitgliedern der beantwortete Fragenkatalog per E-Mail zugesandt worden.²

Herr Hinsen begrüßt die Vertreter vom Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR) und übergibt diesen das Wort.

Die Herren Rüter und Nerong stellen sich vor und berichten über das Genehmigungsverfahren für das Mineralstoff-Aufbereitungszentrum. Dabei räumt Herr Rüter ein, dass dem LLUR bei der Genehmigung auch Fehler unterlaufen seien. Gegen die Genehmigung sei nun von Anwohnern vorgegangen worden und momentan befinde man sich im Widerspruchsverfahren. Deswegen stehe die Anlage zurzeit still. Es sei sinnvoll, vorerst das weitere Verfahren abzuwarten. Es werde im Oktober mit einem Ergebnis gerechnet. Fragen der AM Zahn, Wind-Olßon, Menorca, Dr. Lengen, Müller und Schubert beantworten die Herren Rüter, Nerong und Breitrück.

² Anlage 2

Herr Dedow erinnert an das anhängige Widerspruchsverfahren. Dies solle vorerst abgewartet werden. Momentan drehe man sich im Kreis und könne keine Aussagen treffen. Es sei eine Arbeitsgruppe angeregt worden, diesen Vorschlag solle man umsetzen.

Der Ausschuss einigt sich auf die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe. Jeweils ein Vertreter der Fraktionen soll daran teilnehmen. Die Arbeitsgruppe soll einberufen werden, sobald der Widerspruchsbescheid vorliegt. Damit einhergehend sollen die Anträge zum Mineralstoff-Aufbereitungs-Zentrum (TOP 5.4.1 bis 5.4.4) vertagt werden.

Herr Schubert lässt darüber abstimmen.

Der Ausschuss stimmt der Bildung einer Arbeitsgruppe sowie der Vertagung der Anträge zum Mineralstoff-Aufbereitungs-Zentrum bei **15** - Jastimmen, **0** - Neinstimmen und **0** - Stimmenthaltung einstimmig zu.

zu 5.2.2 Aktuelle Situation Meldewesen

Gemeinsame Beratung mit dem TOP 7.1 (siehe TOP 7.1).

zu 5.2.3 Herbizideinsatz am Wallhafen

Nachrichtlich die Mitteilung der FBL den Ausschussmitgliedern zur Kenntnisnahme:

„Für das Gelände des Wallhafens ist in der Hansestadt Lübeck der Bereich Lübeck Port Authority (LPA) zuständig. Ende Juni hat LPA an der Gleisböschung im Bereich Roddenkoppelkai eine chemische Aufwuchsbekämpfung gegen den Riesenbärenklau durch ein zertifiziertes Fachunternehmen mit einem zugelassenen und genehmigten Herbizid durchführen lassen. Für diese Maßnahme hat LPA eine Ausnahmegenehmigung gemäß § 12 Abs. 2 Satz 3 Pflanzenschutzgesetz durch die zuständige Genehmigungsbehörde, in diesem Fall die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, erhalten. Die Landwirtschaftskammer überwacht zudem die durchgeführte Maßnahme.“

zu 5.2.4 Berichterstattung Presse Sturmtief Sebastian

Herr Hinsen bezieht sich auf den Artikel der Lübecker Nachrichten vom 15.09.2017 "Freiwillige Feuerwehr: Beim Sturm mussten Schüler ran". Es sei der Eindruck erweckt worden, dass auch in Lübeck Engpässe bei der Alarmierung der Freiwilligen Feuerwehren aufgrund der Sturmlage aufgetreten seien. Dem sei nicht so. Die Orkanlage am Mittwoch, 13.09.2017 sei durch die Lübecker Leitstelle professionell abgearbeitet worden. Der hierfür erarbeitete Alarmplan habe sich bewährt. Es seien im Vorfeld bereits von den 22 Wehren der Freiwilligen Feuerwehr 10 Wehren in Alarmbereitschaft versetzt und den Sturmeinsätzen zugeteilt worden. Diese 10 Wehren mussten nicht vollständig zum Einsatz kommen. Insgesamt wurden 59 Sturmeinsätze abgearbeitet. Der in der Überschrift beschriebene Umstand, dass auch Schüler eingesetzt werden mussten, wirke auf den ersten Blick alarmierend und natürlich gebe es in den Reihen der Freiwilligen Feuerwehren auch junge Kameraden, die noch zur Schule gehen. Es werde immer die ganze Wehr alarmiert und es sei die Aufgabe des von der Wehr eingesetzten Einheitsführers darauf zu achten, dass alle ehrenamtlichen Kräfte rechtzeitig abgelöst würden, so dass sie sowohl möglichst wieder am Schulbesuch teilnehmen als auch ggf. ihrer zivilen Arbeitstätigkeit nachgehen können.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.3 Beantwortung von Anfragen

zu 5.3.1 Auflagenbescheid für ein Blockadetraining am Holstentor zur Vorbereitung der Kundgebung gegen das G20-Treffen

Herr Rocksien schlägt vor, die Antwort der Niederschrift als Anlage beizufügen.³

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

zu 5.4 Überweisungen aus der Bürgerschaft

zu 5.4.1 Betrieb der Materialaufbereitungsanlage in Kücknitz – Einberufung eines Runden Tisches - Überweisung aus der Bürgerschaft vom 29. Juni 2017 Antrag der Fraktion "Bündnis90/Die Grünen" VO 5030 Vorlage: VO/2017/05142 (vorgezogen)

Gemeinsame Beratung der TOP 5.2.1 mit 5.4.1 bis 5.4.4.

Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.4 mit VO Nr. 5030 den nachstehend aufgeführten Antrag der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ einstimmig an den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung überwiesen:

Anschließend ist eine erneute Beratung in der Bürgerschaft vorgesehen!

Betrieb der Materialaufbereitungsanlage in Kücknitz - Einberufung eines Runden Tisches

Der Bürgermeister wird beauftragt, kurzfristig einen Runden Tisch mit allen Beteiligten zur Problematik der Bauschutt-aufbereitungsanlage der Firma Scheel in Kücknitz einzuberufen und über die Ergebnisse zu berichten.

Vertagt (siehe TOP 5.2.1)

zu 5.4.2 Betrieb der Materialaufbereitungsanlage in Kücknitz - Einberufung eines Runden Tisches, Mediationsverfahren zur Bauschutt-Aufbereitungsanlage an der Travemünder Allee - Überweisung aus der Bürgerschaft vom 29. Juni 2017 Antrag der GAL-Fraktion VO 5108 Vorlage: VO/2017/05144 (vorgezogen)

Gemeinsame Beratung der TOP 5.2.1 mit 5.4.1 bis 5.4.4.

Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.4.1 mit VO Nr. 5108 den nachstehend aufgeführten Antrag der GAL-Fraktion einstimmig an den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung überwiesen:

Anschließend ist eine erneute Beratung in der Bürgerschaft vorgesehen!

Betrieb der Materialaufbereitungsanlage in Kücknitz - Einberufung eines Runden Tisches, Mediationsverfahren zur Bauschutt-Aufbereitungsanlage an der Travemünder Allee

³ Anlage 3

Der Bürgermeister wird beauftragt, sich mit dem Umweltministerium (MELUR) Schleswig-Holstein, bzw. dem zuständigen Ministerium in Verbindung zu setzen, um zu erreichen, dass das vom MELUR in Aussicht genommene Mediationsverfahren bezüglich der Auseinandersetzungen um das Mineralstoff-Aufbereitungs-Zentrum an der Travemünder Landstraße durchgeführt wird.

Vertagt (siehe TOP 5.2.1)

zu 5.4.3 Umweltauswirkungen des Mineralstoff-Aufbereitungszentrum (MAZ) der Firma Scheel-Erdbau GmbH an der Travemünder Landstraße - Überweisung aus der Bürgerschaft vom 29. Juni 2017 interfraktionellen Antrag der Fraktionen GAL und SPD VO 5119 Vorlage: VO/2017/05145 (vorgezogen)

Gemeinsame Beratung der TOP 5.2.1 mit 5.4.1 bis 5.4.4.

Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.6 mit VO Nr. 5119 den nachstehend aufgeführten interfraktionellen Antrag der Fraktionen GAL und SPD einstimmig an den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung überwiesen:

Anschließend ist eine erneute Beratung in der Bürgerschaft vorgesehen!

Umweltauswirkungen des Mineralstoff-Aufbereitungszentrum (MAZ) der Firma Scheel-Erdbau GmbH an der Travemünder Landstraße

Der Bürgermeister wird beauftragt, der Bürgerschaft einen Bericht vorzulegen über die Auswirkungen des Betriebs des Mineralstoff-Aufbereitungszentrums an der Travemünder Landstraße auf die Umwelt. Der Bericht soll insbesondere auf Kritikpunkte eingehen, die in dem Gutachten des „Umweltnetzwerks Hamburg - Büro für Umweltfragen“ vom Juni 2017 genannt werden. Hierzu gehören folgende Fragen:

- Ist der Standort des MAZ mit den Kriterien der Flächennutzungsplanung verträglich?*
- Wie sind die Wasser-Versorgungs- und Entsorgungsanlagen für den Betrieb dimensioniert?*
- Ist der Schutz der benachbarten Wohnanlagen mittels Berieselungsanlagen vor Staub gewährleistet?*
- Wie wird das Grundwasser gegen Versickerung kontaminierten Wassers geschützt? Welche Art Basisabdichtung ist vorhanden? Welchen Durchlässigkeitswert hat der Untergrund?*
- Welche technischen Bestimmungen enthält das Entwässerungskonzept für das Betriebsgelände?*
- Werden die Lärmgrenzwerte gegenüber den umgebenden Wohngebieten eingehalten? Wie hoch sind die Lärmemissionen und-immissionen im Einzelnen?*
- Wie und in welchem zeitlichen Rhythmus erfolgt die Kontrolle der Einhaltung der Umweltauflagen?*
- Wie viel Tonnen kontaminierter Schutt wird jährlich in das MAZ verbracht und wie viel LKW-Ladungen sind es?*

Ferner ist eine Prüfung darüber durchzuführen, welche Möglichkeiten die Hansestadt Lübeck hat, gegen die Genehmigung des Mineralstoff-Aufbereitungs-Zentrums (MAZ) durch das Land Schleswig-Holstein juristisch vorzugehen.

Vertagt (siehe TOP 5.2.1)

zu 5.4.4 Umweltauswirkungen des Mineralstoff-Aufbereitungszentrums (MAZ) - Überweisung aus der Bürgerschaft vom 29. Juni 2017 Antrag der CDU-Fraktion VO 5121 Vorlage: VO/2017/05146 (vorgezogen)

Gemeinsame Beratung der TOP 5.2.1 mit 5.4.1 bis 5.4.4.

Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.6.1 mit VO Nr. 5121 den nachstehend aufgeführten Antrag der CDU-Fraktion einstimmig an den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung überwiesen:

Anschließend ist eine erneute Beratung in der Bürgerschaft vorgesehen!

Umweltauswirkungen des Mineralstoff-Aufbereitungszentrums (MAZ)

Der Bericht des Bürgermeisters erfolgt im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung. Dem Ausschuss werden ferner die Genehmigungen der Stadt und des Landes zur Errichtung und zum Betrieb der MEZ zur Kenntnis gegeben. Sollte es weitere vertragliche oder ähnlicher Regelungen seitens der Stadt oder der städtischen Unternehmen die zur Errichtung und zum Betrieb einer MEZ notwendig sind existieren, werden dieses ebenfalls dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben.

Der Bericht enthält weiterhin die Erfahrungen aus Beschwerden gegenüber der Stadt mit vergleichbaren Anlagen an anderen Standorten auf städtischem Gebiete in der Vergangenheit.

Vertagt (siehe TOP 5.2.1)

zu 6 Anträge

**zu 6.1 AM Wind-Olßon: Effiziente Maßnahmen gegen das Jakobskreuzkraut anwenden – Honigqualität sicherstellen
Vorlage: VO/2017/05161**

Die Hansestadt Lübeck ergreift zur Unterstützung von Imkerinnen und Imkern effiziente und verbindliche Maßnahmen zur Eindämmung der Massenbestände an giftigem Jakobskreuzkraut im Stadtgebiet.

Die Hansestadt Lübeck mäht öffentliche Flächen im Besitz der Hansestadt mit dichtem Bestand an Jakobskreuzkraut frühzeitig vor der Blüte und dem Fruchten der Pflanze und mehrmals im Jahr. Dieses gilt besonders für Straßenränder und Straßenbegleitgrün.

In der Hansestadt Lübeck werden die aus den landesweiten Forschungsversuchen abgeleiteten Ergebnisse zur Bekämpfung von Jakobskreuzkraut angewendet.

Pächter von Flächen im Eigentum der Hansestadt werden angewiesen, sich an der aktiven Bekämpfung des Jakobskreuzkrautes zu beteiligen. Ggf. werden die hieraus entstehenden Verpflichtungen vertraglich geregelt.

Erledigt durch Austausch Antrag VO/2017/05208.

zu 6.1.1 AM Ursula Wind-Olßon: Effiziente Maßnahmen gegen das Jakobskreuzkraut anwenden - Honigqualität sicherstellen (Austauschantrag zu VO/2017/05161) Vorlage: VO/2017/05208

Die Hansestadt Lübeck ergreift zur Unterstützung von Landwirten und Landwirtinnen, insbesondere Imkerinnen und Imkern effiziente und verbindliche Maßnahmen zur Eindämmung der Massenbestände an giftigem Jakobskreuzkraut im Stadtgebiet:

Die Hansestadt Lübeck mäht öffentliche Flächen im Besitz der Hansestadt mit dichtem und dominanten Bestand an Jakobskreuzkraut frühzeitig vor der Blüte und dem Fruchten der Pflanze und mehrmals im Jahr. Dieses gilt besonders für Straßenränder und Straßenbegleitgrün. Eine Gefährdung anderer Pflanzen ist dabei zu vermeiden.

In der Hansestadt Lübeck werden die aus den landesweiten Forschungsversuchen abgeleiteten Ergebnissen zur Bekämpfung von Jakobskreuzkraut angewendet.

Pächter von Flächen im Eigentum der Hansestadt werden angewiesen, sich an der aktiven Bekämpfung des Jakobskreuzkrautes zu beteiligen. Ggf. werden die hieraus entstehenden Verpflichtungen vertraglich geregelt.

Private und sonstige öffentlichen Flächeneigentümer werden aufgefordert, ähnlich zu verfahren. Insbesondere die Flächen an der B 207 sollen dabei entsprechend behandelt werden.

Herr Hinsen teilt mit, dass es inzwischen auch Experten gebe, die nach neuesten Erkenntnissen nicht davon ausgingen, dass das Jakobskreuzkraut ohne menschliche Maßnahmen ungebremst immer mehr Flächen einnehmen werde. Es sei danach zu erwarten, dass Bestände auch ohne menschliche Aktivitäten nach einiger Zeit wieder auf das natürliche „Normalmaß“ zurückgehen würden. Dies dauere 5 bis 15 Jahre. Das Land habe eine Stelle eingerichtet, die sich aktuell mit der Erforschung dieses Themas beschäftige. Weiterhin sei einer Stellungnahme des Bereichs Stadtgrün und Verkehr zu entnehmen, dass zusammenhängende Flächen von dominantem Jakobskreuzkraut dort nicht bekannt seien. Es gebe im Bornkamp eine Fläche mit Jakobskreuzkraut, die man häufiger mähe. Im Straßenbegleitgrün gebe es aber keine Erfassung und keine gesonderte Bekämpfung. In diesen Bereichen finde eine Pflege in den üblichen Intervallen statt.

Es sprechen die AM Wind-Olßon, Wegner, Mählenhoff, Dr. Lengen, Röttger und Müller.

Herr Zahn schlägt vor, den Antrag auf die Januarsitzung zu vertagen. Eventuell lägen dann schon weitere Erkenntnisse vor.

Herr Schubert lässt über den Vorschlag abstimmen.

Der Ausschuss stimmt der der Vertagung bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltung einstimmig zu.

Herr Dedow verlässt gegen 19 Uhr die Sitzung.

zu 6.2 AM Schubert: Überwachung übermäßiger Lärmemissionen motorisierter Zweiräder (Motorräder, Motorroller, Mopeds) Vorlage: VO/2017/05236 (vorgezogen)

Der Ausschuss (hier: Polizeibeirat) möge beschließen:

Die Polizei wird gebeten, die Überwachung übermäßiger Lärmemissionen zweirädriger Motorfahrzeuge (Motorräder, Motorroller, Mopeds) im Straßenverkehr (wieder) aufzunehmen.

Herr Schubert formuliert den Antrag als Frage um (Siehe TOP 3.3.2.). Der Antrag ist somit als erledigt zu betrachten.

zu 7 Vorlagen

zu 7.1 Dezentraler Bürgerservice - Bürgerschaftsauftrag vom 29.6.2017 zu VO/2017/05122 Vorlage: VO/2017/05262

Gemeinsame Beratung mit dem TOP 5.2.2.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Variante 2 des anliegenden Konzepts zu verfolgen und den erforderlichen Ressourceneinsatz zu ermitteln.

*Herr Mauritz beantragt um 19:25 Uhr die Unterbrechung der Sitzung für eine Beratungspause innerhalb der Fraktionen, welche der Ausschuss einstimmig beschließt.
Die Sitzung wird um 19:35 Uhr fortgesetzt.*

Im Ausschuss wird unter Beteiligung der AM Menorca, Zahn, Mählenhoff, Dr. Lengen, Hinrichs und Wind-Olßon über das Thema Bürgerservice diskutiert. Ebenfalls spricht Bürgerschaftsmitglied Klinkel. Es wird auf die Kosten der Varianten, die Bezahlungsmöglichkeit ausschließlich per EC-Karte, die Bürgerschaftsbeschlüsse zu den Stadtteilbüros, das Verfahren zur Stellenbesetzung, die Wartezeiten, die Einbeziehung des Personalrats und die Motivation der MitarbeiterInnen eingegangen. Für Herrn Wegner wäre die Variante 4 des Konzepts die bessere Alternative, da man hier alle Stadtteile abdecke. Als sinnvoll erachte er es bei dieser Variante im Hinblick auf die Bevölkerungsstruktur auch, das Angebot für den Dienstag mit dem Angebot für den Freitag zu tauschen.

Herr Hinsen und die Damen Wöhlk und Wittholz gehen auf die Themen näher ein. Zum Vorschlag von Herrn Wegner geben sie zu bedenken, dass der Standort Moisling nur noch befristet zur Verfügung stünde. Dort liege bereits ein anderes Nutzungskonzept vor. Als Alternativstandort werde es evtl. eine Schule geben. Diese stehe dann aber erst wieder nachmittags zur Verfügung, mit der Folge, dass am Montag 2 Standorte gleichzeitig bedient werden müssten. Bei dieser Konstellation benötige man dann 4 MitarbeiterInnen (2 pro Standort) anstatt der vorgeschlagenen 3 MitarbeiterInnen.

Frau Wind-Olßon greift den Vorschlag von Herrn Wegner auf und beantragt den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Variante 4 des anliegenden Konzepts zu verfolgen, unter der Maßgabe, dass die Vorschläge für Dienstag und Freitag getauscht werden. Der erforderliche Ressourceneinsatz ist zu ermitteln.“

Der Ausschuss stimmt dem Antrag bei 9 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 5 - Stimmenthaltung einstimmig zu.

Herr Schubert lässt über die Vorlage in geänderter Fassung abstimmen.

Der Ausschuss empfiehlt bei 9 - Jastimmen, 5 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltung mehrheitlich, die Vorlage in geänderter Fassung zu beschließen.

**zu 7.2 Personalbemessung für die Einsatzleitstelle der Feuerwehr
Vorlage: VO/2017/04520 (vorgezogen)**

Beschlussvorschlag:

1. *Das Sachverständigengutachten der Firma Forplan Dr. Schmiedel GmbH zur „Neubemessung der Tischbesetzzeiten und des Gesamtpersonalbedarfs für die ILS Lübeck in der Hansestadt Lübeck“ vom 22. Dezember 2015 (Anlage 1) wird zur Kenntnis genommen.*
2. *Der sich aus dem unter 1. aufgeführten Sachverständigengutachten ergebende Mehrbedarf von insgesamt 9 Planstellen ist stellenplanmäßig für die Haushaltsjahre 2018 bzw. 2019 zu ordnen.*

Der Ausschuss empfiehlt bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 7.3 Annahme einer Spende der Possehl-Stiftung zur Unterstützung des Walderlebnistages 2017 in Höhe von 2.000 EUR Vorlage: VO/2017/05221

Beschlussvorschlag:

Die Geldspende der Possehl-Stiftung zur Unterstützung des Walderlebnistages 2017 in Höhe von 2.000 EUR wird angenommen.

Der Ausschuss empfiehlt bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 7.4 Bebauungsplan 05.42.00 – Triftstraße/Georg-Kerschensteiner-Straße – Satzungsbeschluss (5.610) Vorlage: VO/2017/05203 (vorgezogen)

Beschlussvorschlag:

1. *Die während der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) und der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB zum Entwurf des Bebauungsplanes 05.42.00 – Triftstraße/Georg-Kerschensteiner-Straße – sowie die in der nachfolgenden eingeschränkten Beteiligung nach § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB zu Änderungen des ausgelegten Bebauungsplanentwurfes abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck geprüft und in die Abwägung eingestellt. Gleiches gilt für die Stellungnahmen aus vorangehenden Beteiligungsverfahren nach den §§ 3 und 4 BauGB, soweit sie für die Abwägungsentscheidung zum Bebauungsplan noch von Belang sind.*

Der Bericht zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der durchgeführten Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) gebilligt.

Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie nach § 84 der Landesbauordnung wird der Bebauungsplan 05.42.00 – Triftstraße/Georg-Kerschensteiner-Straße – in der vorliegenden Fassung (Anlage 2) als Satzung beschlossen.
Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 5) gebilligt.
3. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplanes durch die Bürgerschaft nach § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Fragen der AM Mühlenhoff (Anzahl Wohneinheiten, Gründächer, Tiefgarage, Stellplätze) und Müller (zu fällende Bäume) beantwortet Frau Cosack.

Herr Schubert geht auf die Stellungnahme des Bereichs 3.390 Umwelt, Natur und Verbraucherschutz (Abteilung Natur, Klima, Immission)] unter der Ziffer 5.1 ein. Diese sei für ihn berücksichtigungsfähig. Frau Mühlenhoff ergänzt, dass die Errichtung von Gründächern, wie von den Stadtwerken (Anmerkung 2.3), vom Bereich 3.390/ Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz (Anmerkung 5.15 und 4.3), Entsorgungsbetriebe (Anmerkung 5.1), Bereich 5.610 / Bauaufsicht (Anmerkung 8.1) angeregt, ebenfalls berücksichtigt werden sollte.

Herr Schubert beantragt, der Bürgerschaft die folgende Empfehlung auszusprechen:

„Der Ausschuss empfiehlt dem Beschlussvorschlag unter der Maßgabe zuzustimmen, dass im weiteren Verfahren die Stellungnahme des Bereichs 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz unter der Ziffer 5.1 sowie die Errichtung von Gründächern, wie von den Stadtwerken (Anmerkung 2.3), vom Bereich 3.390/ Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz (Anmerkung 5.15 und 4.3), Entsorgungsbetriebe (Anmerkung 5.1), Bereich 5.610 / Bauaufsicht (Anmerkung 8.1) angeregt, berücksichtigt werden.“

Der Ausschuss stimmt der Empfehlung bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

zu 8 Berichte und Antworten

Es liegt nichts vor.

zu 9 Zustimmung zu Wahlen / Wiederwahlen

zu 9.1 Zustimmung zur Wahl / Wiederwahl von Ortswehrlührern und stellvertretenden Ortswehrlührern der Freiwilligen Feuerwehren in der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2017/05211

Beschlussvorschlag:

Der Wahl / Wiederwahl folgender Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren zu Ortswehrlührern bzw. stellvertretenden Ortswehrlührern wird gem. § 11 Abs. 3 Brandschutzgesetz Schl.-H. (BrSchG) zugestimmt.

Zu Ortswehrlührern:

Benjamin Kuipers
Marc Aplitz
Torben Gotzel

Freiwillige Feuerwehr Genin (Neuwahl)
Freiwillige Feuerwehr Schönböcken (Wiederwahl)
Freiwillige Feuerwehr Kücknitz (Neuwahl)

Zum stellvertretenden Ortswehrführer:

Dennis Hedemann

Freiwillige Feuerwehr Schönböcken (Neuwahl)

Der Ausschuss empfiehlt bei 14 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 10 Neue Anfragen und Verschiedenes

zu 10.1 Anfrage AM Wind-Olßon - Einführung Section-Control anstatt Radarkontrollen an der B 75 (Rangenberg)

Frau Wind-Olßon berichtet über die Lärmbelastung von Anwohnern an der B 75 (Rangenberg). Vor den stationären Geschwindigkeitsmessanlagen würde abgebremst und sofort danach wieder beschleunigt. Eine Lärminderung trete daher nicht ein. Sie fragt nach, ob eine Section-Control eingeführt werden könnte. Fahrzeuge wären somit gezwungen, auf der gesamten Strecke die vorgeschriebene Geschwindigkeit im Mittel einzuhalten. Die stationäre Anlage könnte abgebaut und andernorts wieder aufgebaut werden.

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

zu 10.2 Anfrage Frau Mählenhoff - Naturerlebnisräume / Stadtökologischer Pfad

Frau Mählenhoff möchte zu einer der nächsten Sitzungen gern mehr über Naturerlebnisräume und den stadtökologischen Pfad erfahren. Unter anderem soll darauf eingegangen werden was betreut werde und durch wen.

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

zu 10.3 Verschiedenes Herr Schubert - Danksagung an Herrn Rocksien

Im Hinblick auf die bevorstehende Pensionierung von Herrn Rocksien spricht Herr Schubert im Namen des Ausschusses seinen Dank für die gute und langjährige Zusammenarbeit aus und wünscht ihm für den Ruhestand alles Gute.

zu 10.4 Verschiedenes Frau Menorca - Deutsche Fußballmeisterschaft 2017 der Berufsfeuerwehren

Frau Menorca gratuliert im Namen des Ausschusses der Berufsfeuerwehr zum 5. Platz bei der Deutschen Fußballmeisterschaft der Berufsfeuerwehren.

Gemäß Beschlussfassung (siehe TOP 2) wird kein nichtöffentlicher Teil der Sitzung hergestellt.

Öffentlicher Teil:

zu 16 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Herr Schubert schließt die Sitzung um 20:25 Uhr.

Lübeck, den 22. September 2017

Hans-Jürgen Schubert
Vorsitzender

Maik Schneider-Wendt 3.031 FBD
Protokollführung